

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wlth. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 151

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Freitag, den 30. Juni 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
60 Pfg., auswärts 70 Pfg. im Reklametext 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Verordnung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dem Reichsrat ist der neue Gesetzentwurf über die Maßnahmen gegen die Not der Presse zugewandt.

* Im ganzen Reich wurden am Tage der Befreiung Rathenau große Kundgebungen veranstaltet, wobei es in Darmstadt zu schweren Zusammenstößen kam.

* Bei den Nachforschungen nach den Mördern Rathenau wurde das Automobil der Attentäter gefunden und beschlagnahmt.

* Auf der Berliner Ringbahn ereignete sich infolge der Überfüllung der Züge ein schweres Unglück, bei dem 34 Menschen getötet wurden.

* Im bayerischen Landtag legte Ministerpräsident Lerchenfeld unter stürmischem Widerspruch der Linken gegen einzelne Bestimmungen der Ausnahmeverordnungen Protest ein.

Deutsche Arbeit für Frankreich?

An demselben Tage, an dem die sterblichen Überreste Walter Rathenau der Erde übergeben wurden, hat der französische Minister für öffentliche Arbeiten Pläne bekanntgegeben, nach denen große öffentliche Arbeiten außerhalb der ehemaligen Kampfzone mit deutschen Arbeitern und deutschem Material ausgeführt werden sollen. Der Minister denkt dabei an Flussregulierungen, an den Bau von großen elektrischen Eisenbahnlinien, von Eisenbahnen selbst, an Hafenbauten und Schaffung von Wasserstraßen. Der Gesamtwert der Arbeiten wird auf 18,5 Milliarden Frank berechnet. Gegenwärtig prüfe ein internationaler Ausschuss unter dem Vorsitz eines französischen Unterstaatssekretärs die Pläne. Hier soll schon die erste Gruppe der auf diese Weise durchzuführenden Arbeiten festgelegt werden sein, und man erwartet für die nächsten Tage den Abschluss dieser Vorprüfung. Man werde sich doch wohl zunächst mit eingeschränkter Bauprogrammen begnügen, etwa in Höhe von 4 bis 5 Milliarden, die auf zehn Jahre verteilt werden sollen. Genannt werden jetzt die Regulierung der Rhône, die Schaffung von Elektrizitätswerken und Kanalarbeiten. Der ganze Vorschlag stützt sich auf die bekannte Bestimmung des Friedensvertrages, der den Siegerstaaten die Verwendung deutscher Arbeiter und deutscher Materialien für alle Arbeiten gestattet, die sie zur Entwicklung ihres industriellen und wirtschaftlichen Lebens benötigen. Vorausgesetzt ist nur die Zustimmung der Reparationskommission.

Fast möchte man vermuten, daß die Franzosen zur Bekanntgabe dieser Pläne durch den Tod Rathenau ermutigt worden sind. Denn mit den Ideen, denen unser emorteter Außenminister nachging und denen er mit seinen Sachlieferungsverträgen gerecht zu werden suchte, scheinen die Pläne des französischen Ministers, wenigstens soweit nach den bisherigen Mitteilungen geurteilt werden kann, nur eine entfernte Ähnlichkeit zu besitzen. Rathenau war es um die Umwandlung wesentlicher Teile unserer Selbstbehaltungsvorrichtungen in Sachlieferungen zu tun, wobei ein möglichst weitgehendes Zusammenarbeiten zwischen dem deutschen Wirtschaft in Aussicht genommen war. Außerdem galt es ihm wohl als eine Selbstverständlichkeit, daß die Lieferungsverträge in erster Reihe dem Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen dienen sollten. In dem Arbeitsprogramm des französischen Ministers Le Troquer ist von allen diesen Dingen keine Rede. Man muß vielmehr befürchten, daß hier abermals eine Art diktatorischer Maßnahmen gegen uns beabsichtigt wird, daß uns Leistungen diktiert werden sollen ohne vorherige Anhörung unserer Wirtschafts- und Arbeiterverbände, und daß man uns abermals zumutet, lediglich zu gehorchen, wie uns befohlen wird. Wie oft haben nicht schon Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Organisationen über Art, Maß und Umfang der von deutschen Arbeitern zu übernehmenden Aufbaubarbeiten in Frankreich stattgefunden. Wie oft sind nicht schon die Bewohner der früheren Kriegsgebiete um ihre Meinung befragt worden, und wie oft haben sie nicht bereits dem unterschiedlichen Verlangen nach deutscher Mitwirkung beim Wiederaufbau Ausdruck gegeben. Aber die Pariser Herren sind, neben andern Künsten, die sie vorzüglich beherrschen, auch Meister der Verschleppung und der Verschönerung. Vier Jahre sind bald seit der Beendigung des Krieges verfloßen, und nichts als ungeheure Berge von Papier sind bis jetzt für diese dringenden Aufgaben verschandelt worden. Immer haben gewisse Politiker und gewisse Geschäftsleute zu verhindern gesucht, daß hier wenigstens ein Anfang mit praktischer Versöhnungsarbeit geleistet werde. Jetzt sollen Tausende von deutschen Arbeitern nach Frankreich verschifft werden, um dort wie waschechte Lohnsklaven von den Geblütern des Landes zu arbeiten kommandiert zu werden, an denen sie selber nicht das geringste Interesse nehmen können. Man kündigt bereits an, daß diese deutschen Arbeiter in Mark bezahlt, daß ihnen die Nahrungsmittel von Deutschland geschickt werden sollen, und was ähnliche französische Aufmerksamkeiten mehr sind. Schon wird auch darauf hingewiesen, daß man von diesen Deutschen eine Sabotage der geplanten Arbeiten gewärtigen müsse. Wiederaufbauarbeit, die unter solchen Zeichen beginnen soll, wird alles andere eher als glücklich vonstattengehen. Wie die deutschen Arbeiter sich zu Zumutungen dieser Art stellen werden, ist wohl kaum zweifelhaft; bei allem Enthusiasmus für internationale Gemeinschaft werden sie sich für Fronarbeit dieses Schlages doch wohl kaum begeistern können, und unsere Regierung ist sicherlich noch viel zu sehr von dem Geiste der Rathenau'schen Aufbauprojekte erfüllt, um den Plänen, die jetzt von Herrn Le Troquer geschmiedet werden, Geschmach abzugeben können.

Aber, wie gesagt, man scheint auch gar nicht zu beachten, daß erst ihr Urteil über diese Forderungen einzuholen,

sondern möchte sie ihr auf dem sehr bequemen Umweg über die Reparationskommission einfach zur Unterschrift vorlegen. Einige Hindernisse dürften sich hier aber doch diesmal einstellen, mag es nun den französischen Saboteuren wahren Wiederaufbau gefallen oder nicht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Getreidemenge im Ausschuss angenommen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich Dienstag erneut mit der Getreidemenge. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Menge des abzuliefernden Getreides unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage in diesem Punkte mit 2 1/2 Millionen Tonnen festgesetzt. Die Grenze, bis zu der kleinere Landwirtschaften von der Umlage befreit sein sollen, wurde nicht nach der Gesamtanbaufläche, sondern nach der Getreideanbaufläche auf Zentrumsantrag mit 1 1/2 Hektar bestimmt. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der für das erste Viertel der Umlage folgende Preise festsetzt: Roggen 8000 Mark, Weizen 8900 Mark, Gerste 7800 Mark, Hafer 7500 Mark. Die Preise für die anderen drei Viertel werden nach Anhörung eines Ausschusses festgesetzt werden.

Die Ausweisungen aus dem besetzten Rheinland.

Durch die Presse ist in den letzten Tagen die Meldung gegangen, daß in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni sieben, nach einer anderen Lesart 70 Personen, meist deutscher Abstammung, durch die Rheinlandskommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden seien. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Tatsächlich sind in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni fünf Personen, darunter zwei Ausländer, durch die Rheinlandskommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Deutsche Armeefragen im englischen Unterhause.

Ein Parlamentsmitglied fragte im englischen Unterhause den Staatssekretär, ob er irgendwelche Kenntnis habe, daß das deutsche Offizierskorps der früheren Armee noch bestünde, und ob es von den deutschen Militärbehörden amtlich anerkannt werde. Staatssekretär Evans erwiderte, die Zahl der Offiziere des regulären deutschen Heeres sei im Friedensvertrag auf 4000 beschränkt. Alle anderen regulären Offiziere seien verabschiedet worden. Die deutschen Behörden erkannten das bestehende Offizierskorps an, andere Offiziersvereinigungen würden nicht anerkannt. Ein anderes Mitglied fragte, ob die deutschen Mobilisierungsgesetze aufgehoben worden seien. Evans erwiderte, daß die Interalliierte Kontrollkommission berichtet habe, daß die deutsche Regierung alle die Mobilisation angehenden Gesetze aufgehoben habe mit Ausnahme des Gesetzes vom 15. Juli 1873 über die Requisitionen zur Zeit der Mobilisierung. Die Kommission habe auch die Aufhebung dieses Gesetzes gefordert.

Der Nachfolger Rathenau's.

Bekanntlich ist der Reichskanzler vorläufig mit der Führung der Außenpolitik betraut worden, doch ist das natürlich nur ein Übergangszustand, und es muß bald ein neuer Mann Rathenau's Platz einnehmen. Nun laufen aber jetzt zwischen den Entente-Regierungen, der Reparationskommission, dem Garantienkomitee und der deutschen Regierung höchst komplizierte Verhandlungen, die nur von einem Manne beherrscht und weitergeführt werden können, der an diesen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten aktiv von Anfang an teilgenommen hat. Diesen Einblick hatten nur drei Männer der Reichsregierung: Dr. Wirth, Rathenau und Dr. Hermes. Es ist daher begreiflich, daß der Übergang des Dr. Hermes vom Reichsfinanzministerium ins Auswärtige Amt im Vordergrund der Erwägungen steht, doch wird die Entscheidung über die endgültige Neuebesetzung des Außenministerpostens wohl erst Anfang Juli fallen.

Der Dienstaufwand der höchsten Beamten.

Der Entwurf eines neuen Nachtragsetats sieht mit Rücksicht auf die steigende Teuerung auch eine Erhöhung der Dienstaufwandsgeälter der höheren Reichsbeamten vor. Mit Wirkung vom 1. Juli 1922 sollen erhöht werden: die Dienstaufwandsgeälter des Reichskanzlers auf 260 000 Mark, der Reichsminister auf 70 000 Mark. Der Reichsminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, zur Linderung der Not der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht bis zu hundert Millionen Mark zu verausgaben.

X Lord Grey appelliert an Amerika. In einer politischen Rede im englischen Oberhause kam Lord Grey auf die Reparationsfrage zu sprechen. Solange das Reparationsproblem wie eine Wolke über der politischen und wirtschaftlichen Lage Europas hänge, würden Konferenzen nach Art der von Genäva keinen Fortschritt bringen. Bares Geld für Frankreich ließe sich in erheblichem Maße nur durch eine internationale Anleihe beschaffen; für diese bedürfte es aber der Mitwirkung der Vereinigten Staaten. Lloyd George habe in Genäva sein Bestes getan, aber es wäre besser gewesen, er hätte die Sache weniger gut, dafür aber am richtigen Ende, am amerikanischen Ende angefaßt, anstatt an dem verkehrten Ende, dem russischen.

Großbritannien.

X Arbeiter gegen Lloyd George. Der 22. Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei wurde in Edinburgh eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sagte der zum Präsidenten gewählte Jowett u. a.: Lloyd George habe nicht den Mut gehabt, auf den Versailler Vertrag zu verzichten, obgleich er sich bemüht habe, sich den Konsequenzen des Vertrages zu entziehen. In Großbritannien herrsche eine dauernde wirtschaftliche Depression, die zum Teil auf den Verlust des britischen Außenhandels und auch auf die Verminderung der Arbeiterlöhne zurückzuführen sei.

Russland.

X Lenins Befinden verschlechtert. Nach Berichten aus Moskau hat sich das Befinden Lenins während der allerletzten Tage sehr verschlechtert. Er soll nur mühsam sprechen können, und sein Gedächtnis verfolge zeitweise derart, daß er nicht imstande sei, die Menschen um sich herum zu erkennen. Zwei bekannte deutsche Ärzte sollen sich auf dem Luftwege nach Moskau befinden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der amtlische deutsche Kurier Kolb, der vier Jahre schuldlos in französischen Zuchthäusern schmachtete, ist endlich freigelassen worden.

Paris. Die Reparationskommission hat die Nachtragsverträge zum Wiesbadener Abkommen genehmigt.

Hag. Auf der internationalen Konferenz beginnen die ersten Verhandlungen mit den Russen über die Kreditfrage.

Deutscher Reichstag.

(28. Sitzung.)

CB. Berlin, 28. Juni.

Die heutige Sitzung begann mit einer Beileidskundgebung. Präsident Eisele gedachte des juchzenden Eisenbahnunglücks auf dem Nordring und sprach den Verwundeten und Hinterbliebenen der Getöteten das Beileid des Reichstages aus. Von den Abgeordneten wurde diese Kundgebung stehend angehört.

Hierauf wurden in rascher Folge verschiedene Vorlagen eingebracht. Der Nachtragsetat für 1922 wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, dazu eine Entschliessung, in der die Regierung ersucht wird, die sozialen Zustände für die Beamten der Geldentwertung anzupassen. Weiter wurde der Gesetzentwurf über Erhöhung der statistischen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Auslande ebenfalls ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen die Vorlage, durch die das Ermächtigungsgesetz zur vorübergehenden Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923 verlängert wird. Das Gesetz über Abweichungen vom Biersteuergesetz wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien wurde in allen drei Lesungen angenommen. Abg. Schult-Bromberg (Deutschnat.) beantragte hierauf, die übrigen deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterung des Grenzverkehrs und über berg- und hüttenwirtschaftliches Eigentum dem Ausschuss für auswärtige Politik zu überweisen.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes hat dagegen bringen, die sofortige Ratifizierung der Abkommen zu ermöglichen. Die Ausschussüberweisung wurde abgelehnt. Abg. Schult-Bromberg (Deutschnat.) bedauerte, daß die späte Vorlegung der Abkommen es den Parteien unmöglich gemacht habe, zu den Verträgen Stellung zu nehmen. Er verzichtete aber auf einen Widerspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung. Darauf wurden die Abkommen in allen drei Lesungen angenommen. Nunmehr kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage.

Der Ausschuss hat das Gesetz, das ursprünglich nur für den Steintohlenbergbau bestimmt war, auf alle Gruben ausgedehnt. Die allgemein durch Tarife festgesetzte Arbeitszeit soll danach gesetzlich bindend sein. Überstunden können durch allgemein verbindliche Tarifverträge vereinbart werden.

Abg. Stöder (Komm.) begründete mehrere kommunistische Anträge. Danach sollte das Gesetz auch auf Salinen ausgedehnt werden. Die Schichten sollten längstens 7 Stunden betragen und an besonders heißen Arbeitsstätten kürzer sein. Reichsarbeitsminister Brauns stimmte den Ausschussbeschlüssen zu, bekämpfte aber die kommunistischen Anträge, die zu einer Erzeugungsminde rung führen und die Durchführung des Gesetzes verzögern müßten.

Abg. Pieper (U.-Soz.) stimmte ebenfalls den Ausschussbeschlüssen zu, wandte sich aber gegen das Bestreben, die Überstunden zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

Abg. Jansched (Soz.) lehnte gleichfalls die kommunistischen Anträge ab.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge wurde die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Entschliessung des Ausschusses, in der eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten verlangt wird. Hierauf begann die zweite Beratung des

Arbeitsnachweisgesetzes.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage in mehreren Punkten geändert. So will der Ausschuss keine gewerkschaftlichen Stellenvermittler mehr konzessionieren und will die vorhandenen der Aufsicht der Arbeitsnachweisämter unterstellen. Im übrigen bringt die Vorlage den Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise und für die meisten Arbeitgeber den Zwang zur Anmeldung offener Stellen. Als Arbeitsnachweisämter werden eingerichtet die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter für Arbeitsvermittlung und als Spitze das Aufsichtsamt für Arbeitsvermittlung.

Reichsarbeitsminister Brauns wies den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf zurück, daß die Vorlage einen neuen großen Beamtenapparat schaffe. Der Apparat sei schon vorhanden, durch die gesetzliche Regelung werde die Zahl der Arbeitsnachweise nicht vermehrt, sondern eher vermindert. In der Verwaltung des Arbeitsnachweiswesens sei maßgebend der Grundsatz völliger Gleichheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Schutz der Minderheit. Der Minister empfahl die Annahme der Vorlage, die zwar nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber doch einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, zumal die Arbeitsvermittlung unentgeltlich werde. Für die im Herbst zu befürchtende Arbeitslosigkeit sei ein solches Gesetz unentbehrlich.

Abg. Kaiser (Soz.) trat für rasche Verabschiedung des Gesetzes ein. Wir dürfen damit nicht warten bis zur Entscheidung der Arbeitslosenversicherung.

Abg. Esser (Zentr.) erklärte, daß seine Partei dem Entwurf in der Form, wie sie in der zweiten Ausschusslesung angenommen worden sei, zustimmen werde.

Abg. Aufhäuser (U.-Soz.) bemängelte die Vorlage in verschiedenen Punkten.

Preussischer Landtag.

(157. Sitzung.)

11. Berlin, 28. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Beamtenbezüge. Er wird in zweiter Lesung angenommen. Es folgt die erste Lesung des Gesetzes

entwurf über Errichtung eines Provinzialhochschulrates
Grenzmark Posen-Westpreußen. Der Entwurf geht an den
Hauptauschuss.

Die Aufhebung des Altersgrenzengesetzes
wird in einem Gesetzentwurf beantragt. Nach längerer De-
batte wird ein Antrag auf Aufhebung des Gesetzes abgelehnt. Einem
Antrag des Abg. Barteld-Hannover (Demokrat), sofort
die zweite und dritte Lesung vorzunehmen und das Gesetz ab-
zulehnen, wird widersprochen. Darauf wird die Aussprache
über den Etat des Finanzministers fortgesetzt.
Finanzminister Dr. v. Richter vertritt sich über die ein-
zelnen Bestimmungen des Etats, wobei er auch auf die Ab-
rechnung mit den Hohenzollern zu sprechen kommt und einen
Vergleich vorschlägt, wobei scharfer Widerspruch der Linken
laut wird.

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Die Durchführung der Ausnahmeverordnungen.
Die beiden neuen Verordnungen des Reichspräsidenten
sollen bekanntlich nur für eine Übergangszeit gelten,
bis das neue Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft
tritt, das schon seit längerer Zeit geplant ist. Der Entwurf
wurde vom Kabinett in mehreren Sitzungen eingehend be-
raten. Auch die Ministerpräsidenten der Länder sind zu
einer Besprechung der politischen Lage mit der Reichsregie-
rung eingeladen worden. Die zur Ausführung der Ver-
ordnungen des thüringischen Staatsministeriums erlassenen
allgemeinen Anordnungen wurden vom thüringischen
Minister des Innern dahin abgeändert, daß die Demon-
strationen zum Schutz der Republik stattfinden dürfen;
doch ist polizeiliche Genehmigung erforderlich.

Bayerns Protest.

Die bayerische Volkspartei und die bayerische Mittel-
partei haben zu diesen Ausnahmeverordnungen Interpel-
lationen im Landtag eingebracht, die vom Ministerpräsi-
denten Grafen Lerchenfeld beantwortet wurden. Da-
bei betonte dieser, für Bayern liege kein Anlaß zu solchen
Maßnahmen vor, und die bayerische Regierung könne sich
mit dem Inhalt der Verordnungen nicht einverstanden
erklären, weil z. B. die Vorschriften über den Staats-
gerichtshof ein schwerer Eingriff in die von der Reichsver-
fassung garantierte Justiz- und Polizeiherrschaft der Länder
seien. Das treffe auch auf die starke Ausdehnung des Be-
gnadigungsrechts des Reichspräsidenten zu. Wenn über-
haupt Vorschriften erlassen werden, so müßten sie als Titel
„Schutz der Verfassung“ tragen. Dann könnten alle Bürger
hinter Vorschriften treten, die geeignet sind, die Auswüchse
der politischen Hege und Lüge zu bekämpfen, möchten sie
kommen von welcher Seite sie wollen.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerk-
schaftsbundes hat sich mit dem Vorstand des Afa-Bundes
und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung
gesetzt und an Regierung und Reichstag Forderungen
zum Gesetz über den Schutz der Republik gerichtet. Danach
soll das Gesetz u. a. enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder mon-
archistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild
und Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation
oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie
verherrlichen, belohnen oder begünstigen. Verbot und so-
fortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen
Verbindungen. Verbot der monarchistischen Fahnen
und Farben. Sofortige Beseitigung aller monarchistischen
Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten. Be-
strafung jedes Angriffes in Tat, Wort oder Schrift auf die
republikanischen Farben und Fahnen. Strenge Vorschriften
zur Säuberung der Regierungsbüros und Behörden, ein-
schließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen mon-
archistischen oder antirepublikanischen Elementen. Verbot des
Waffentragens außerhalb des Dienstes. Verbot des Uniform-
tragens für ehemalige Offiziere. Schaffung einer Reichs-
kassette, insbesondere einer Reichskriminalpolizei. Sofortige
Amnestie im Reich und in den Ländern für alle wegen poli-
tischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die
im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen
haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahner-
streiks zur Verantwortung Gezogenen.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet,
diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maß-
nahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zweckes zu
unterstützen. Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien
des Auslandes fordert diese Entschließung eine starke Ein-
wirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die
Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk,
die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland
immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

Und sprach sie mit ihm, war sie heute freundlich,
morgen dagegen beachtete sie ihn kaum, war hochmütig,
herablassend, daß er vor Empörung und Zorn die
Hände ballte. Und doch hatte das schlanke, feingliedrige
Geschöpf von seinen Gedanken so Besitz genommen, daß
er die Tage zu den verlorenen zählte, an denen er sie
nicht gesehen...

Wie es gekommen, er wußte es selbst nicht.
Manche Frauen hatten des Försters Weg gekreuzt,
und ihn ermutigend angelacht — keine war darunter ge-
wesen, die ihm ein tieferes Interesse einflößen konnte.
Nur diese eine!

Mit tausend Schmerzen erfüllte ihn dieses Gefühl
— sie stand ja so weit, so unerreichbar über ihm. Nim-
mer würde Jutta von Eggert, das hochmütige Ober-
försterstochterchen, zu einem Unterbeamten ihres Va-
ters herabsteigen, und nimmer würde der Oberförster,
trotz seiner Vorurteilslosigkeit, in eine solche Verbin-
dung seiner einzigen willigen! Er, der einer der äl-
testen Familien des Herzogtums entstammte, dessen Gat-
tin auch eine geborene Freiin von Herrenkirch war —
nein, darauf konnte er nie hoffen! Da hieß es eben,
sein Herz in beide Hände nehmen und versuchen, dieser
unseligen Leidenschaft Herr zu werden...

Und wenn er nun sagte, wer sein Vater war?
Das würde in diesem Fall keinen Zweck haben; er war
kein anerkannter Sohn des Grafen Althausen! So war
es besser, er behielt das Geheimnis seiner Abkunft für
sich.

Dreizehntes Kapitel.

Frau Oberförster von Eggert empfing am Sonn-
tag ihre Gäste sehr freundlich.
Schon in der geräumigen Diele, die mit vielen
Geweißen und Ragdtopfchen geschmückt, und im Stille
einer oberbayerischen Bauernstube gehalten war, kam
ihnen Jutta entgegen.

„Ach freue mich, daß Sie Wort gehalten haben.
Nun wollen wir heute mal veranlagt sein! Der Kaffee
wartet schon, und Vater hat Durst.“ lachte sie.

Auf den Spuren der Attentäter.

Das Auto der Mörder anscheinend entdeckt.

Berlin, 28. Juni.

Die Untersuchung zur Feststellung der Mörder des
Reichsministers Dr. Rathenau macht, wie es scheint,
erhebliche Fortschritte. Die Feststellung des für das Atten-
tat benutzten Automobils soll inzwischen gelingen und das
Auto mobil beschlagnahmt sein. Das beschlag-
nahmte Auto ist am Donnerstag voriger Woche aus einem
auswärtigen Orte nach Berlin gekommen und in einer
Garage untergestellt worden. Am Sonnabend vormittag,
an dem das Verbrechen verübt worden ist, ist der Wagen
von dem Chauffeur geholt worden und war einige Stun-
den lang fort. Gegen Mittag ist das Auto wieder in die
Garage gefahren. Der Chauffeur ging weg, und seit die-
ser Zeit hat sich niemand mehr um den Kraftwagen ge-
kümmert. Nun stellte es sich aber heraus, daß der Wagen
nicht die Farbe trägt, die er nach Auslagen der Augenzeu-
gen haben soll. Er ist nicht blauschwarz, sondern braun.

Weitere Verhaftungen.

Im Zusammenhang mit der Autobeschlagnahme sind
eine Anzahl von Verhaftungen erfolgt, über die im Inter-
esse der Untersuchung bisher noch völliges Stillschweigen
gewahrt wird. Der in der Angelegenheit der Ermordung
Rosa Luxemburgs mehrfach genannte Leutnant Krull
wurde in einer Wohnung in Wandersbeck, wo er sich
verborgen hielt, auf Ersuchen der Reichsbehörden ver-
haftet. Leutnant Krull behauptete bei seiner Vernehmung,
daß er Wandersbeck und Hamburg in den letzten acht Tagen
nicht verlassen habe.

Rundgebungen und Zwischenfälle.

Die Rundgebungen in Berlin am Nachmittag des
Besetzungstages wickelten sich ruhig ab. Im Lustgarten,
auf dem Schloßplatz und dem Neuen Markt versammelten
sich Hunderttausende von Menschen mit Fahnen und
Emblemen, zu denen eine Reihe von Rednern sprach. Sie
forderten Schutz der Republik und der Verfassung unter
großem Beifall der Menge.

Ähnliche Rundgebungen fanden in München, Han-
nover, Essen, Breslau, Königsberg, Frankfurt a. M., Er-
furt, Lübeck usw. statt. Unliebsame Vorankünfte unter-
blieben hier überall. Dagegen wurden in Karlsruhe
Schüler mit Hölzerentwürfen und Kronen zertrümmert.
Zu besonders schweren Ausschreitungen kam es vor
dem Hause der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volks-
partei. Hier wurden die Kolladen gewaltsam emporge-
hoben, eine große Schaufensterscheibe zertrümmert, sämt-
liches Mobiliar kurz und klein geschlagen und auf die
Straße geschleudert. Noch schwerere Zwischenfälle er-
eigneten sich in Darmstadt. Die Unruhen begannen
ebenfalls mit Herunterreißen von Schildern u. dgl. Die
Menge soll in die Wohnungen der Volksparteilichen
Dingeldey und Dr. Osann eingedrungen sein und Schaden
angerichtet haben. Als dann drang die Menge in die Re-
daktion der Hessischen Landeszeitung ein, zerstörte die
Türen und Fensterbänke, demolierte das Mobiliar und
warf die Zeitungen und Manuskripte auf die Straße. Auch
in der Redaktion des Täglichen Anzeigers wurden die
Fensterbänke eingeschlagen, das Mobiliar zerstört und
die Zeitungen auf die Straße geworfen. Beim Einschrei-
ten der Polizei feuerte sie nach einigen blinden Schüssen
scharf auf die Menge, worauf diese auseinanderstob. Man
spricht von mehreren Toten und Verwundeten. In Heidel-
berg hielt der Nobelpreisträger Geheimrat Lehnhard,
trotz des Verbots des Rektors, am Besetzungsnachmittag
eine Vorlesung in der Universität ab. Darauf erschien
eine Volksmenge vor der Universität, die von Studenten
mit Hydbranten besprüht und mit Steinen beworfen worden
sein soll. Es folgte später unter starkem Polizeiaufgebot
die Verhaftung des Geheimrats Lehnhard und einiger
Studenten.

Aufklärung des Ministermordes.

Die Ermittlung der Namen der Mörder.

Berlin, 28. Juni. Die amtliche Mitteilung des
Polizeipräsidenten besagt, daß der Mord an Rathenau
aufgeklärt ist, nennt die Namen der Mörder und gibt
ihre genaues Signalement. Die Täter sind: der Berliner
Ernst Werner Tschow, der Sachse Fischer, auch Vogel
genannt, und der Mecklenburger Knauer, auch Körner
und Korn genannt. Alle drei gehören der Organisation
C an und waren frühere Angehörige der Brigade
Ehrhardt.

Vore ließe Frau von Eggert die Hand. Die Ober-
försterin war sichtlich überrascht von der Schönheit und
Anmut der jungen Lehrerin. Dazu ihr angenehmes
Benommen. Man sah, daß sie in dem vornehmen Hause,
in dem sie in Stellung war, manches gelernt hatte.

Frau Berger mußte auf dem Sofa Platz nehmen;
die jungen Mädchen setzten sich zusammen, während
Erich vom Oberförster in Beschlag genommen wurde.
Der rauchte behaglich seine Pfeife und plauderte. Vore
mußte manches aus Mündchen erzählen, auch von der
Familie, bei der sie weilte.

Wie ein Gruß aus der Welt, in der sie früher hei-
misch gewesen, war das für die Oberförsterin, die sich
nie so ganz wohl in der Stille und Abgeschlossenheit
fühlte, die ihres Mannes Beruf mit sich brachte. Des-
halb war sie auch oft und lange mit der Tochter ver-
reist, die aber merkwürdigerweise noch nicht wieder den
Wunsch nach einer Reise ausgesprochen hatte...

Frau Berger war der Oberförsterin nicht unympa-
thisch; sie sagte ihr sogar mehr zu, als die beiden Gut-
besitzerfrauen, mit denen zu verkehren sie ab und zu
noch gezwungen war.

Der Frau haßte etwas Vornehmes, Ruhiges und
Ergebendes an, so als sei sie durch ein schweres Leid
gegangen. Seine Spuren waren in dem noch immer
schönen Gesicht unverwischbar gezeugen.

Noch während sie beim Kaffee saßen, erklang das
lustige Schellengeläut eines Schlittens, der in den Hof
der Oberförsterei einfuhr.

„Nanu?“ Herr von Eggert stand auf, um nachzu-
sehen.

„Das sind Hellwig! Ich kenne das Geläut!“ rief
Jutta, über deren reizendes Gesicht ein verdrüsslicher
Zug glitt — heute paßte ihr dieser Besuch gar nicht.

Die ewig neugierige Frau Rittergutbesitzer von
Hellwig war gar nicht ihr Fall — sie, die sich jetzt
schon als ihre Schwiegermutter aufspielte und den Sohn
in allen Tonarten pries, als sei er der vollkommenste,
schönste, intelligenteste Mensch unter der Sonne! Ja,
wenn er wie der andere gewesen wäre, zu dem ihre
Blicke jetzt heimlich flogen — in dessen Augen es im-
mer so heiß und glücklich aufleuchtete, wenn er sie sah.

Und sie bemerkte auch den Schatten auf Erich Ber-
gers Gesicht, als jetzt wirklich die Hellwigs ins
Zimmer traten.

Mehrere der Mittäterschaft überführte Personen
wurden bereits festgenommen.

Maßnahmen gegen die Not der Presse.

Umlage auf den Waldbesitz.

Die mehrfachen Ankündigungen und Verhandlungen der
letzten Zeit haben nunmehr zur Formulierung eines Ge-
setzentwurfes geführt, das der immer größer werdenden
Kollage der deutschen Presse abhelfen soll.

Dem Reichsrat ist vom Wirtschaftsministerium der
Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirt-
schaftliche Kollage der Presse zugegangen. Die Reichs-
regierung wird darin ermächtigt, auf Grund von Selbst-
kostenermittlungen die Preise für Holzkstoff, Zellstoff- und
Druckpapier zu bestimmen. Sie kann diese Preise zu Höchst-
preisen erklären.

Zur Behebung der wirtschaftlichen Kollage der Presse
haben ferner die Länder an eine Kollage der deutschen
Presse, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, vom 1. Juli
d. J. an einen Beitrag abzuführen, der für das dritte
Vierteljahr 1922 auf den Kopf der Bevölkerung zwei Mark
ausmacht. Die Länder werden ermächtigt, den von ihnen zu
zahlenden Beitrag auf die Eigentümer oder sonstigen
Nutzungsberechtigten von forstwirtschaftlich genutzten
Grundstücken umzulegen. Der Maßstab bleibt den Län-
dern überlassen, jedoch ist eine Umlage nach dem Vermögen
oder Einkommen nicht zulässig.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß
infolge des Steigens der Löhne, Materialpreise usw. die
Gefahr besteht, daß die Struktur des gesamten Zeitungs-
und Zeitschriftenwesens zerstört wird und daß eine ge-
ringe Anzahl von Großbetrieben an Stelle der Mannig-
faltigkeit und Bodenständigkeit der gegenwärtigen Be-
triebsform tritt. Schon jetzt ist eine Anzahl Zeitungen in
die Hände einzelner Interessengruppen übergegangen. Zu-
dem ist die Befürchtung nicht unbegründet, daß fremdlän-
disches Kapital im deutschen Zeitungsweesen erheblichen
Einfluß gewinnt. Der Not der Zeitungen und Zeitschrif-
ten kann nur durch Bereitstellung ausreichender Geldmittel
gesteuert werden, die als Rückvergütung aus dem Druck-
papierpreis den Verlagsunternehmungen unmittelbar zu-
geführt werden. Man erhofft bei Annahme des Gesetzes
eine Verbilligung des Zeitungspapiers von etwa
2 Mark pro Kilogramm. Verschiedene Vertreter der Län-
der, die an den Holzpreisen interessiert sind, haben be-
kanntlich Einspruch im Reichsrat gegen die geplanten Maß-
nahmen erhoben.

Soziales und Provinzielles.

Halber, den 30. Juni 1922.

Die neuen Fernspreckgebühren. Der Teuerungszu-
schlag zu den Fernspreckgebühren wird vom 1. Juli ab
von 80 Prozent auf 160 Prozent erhöht. Diese Bestim-
mung ist in den Kreisen des Publikums und auch in Er-
örterungen in den Zeitungen vielfach dahin mißverstanden
worden, als ob die gegenwärtig zur Erhebung kommen-
den Gebühren, die gegenüber den Sätzen des Fernspreck-
gebührengesetzes und der Fernspreckordnung um 80 Pro-
zent erhöht sind, um weitere 160 Prozent gesteigert werden
sollen. Da dieses Mißverständnis Beunruhigung hervor-
gerufen und manchen Teilnehmer zur Kündigung seines
Fernspreckanschlusses veranlaßt zu haben scheint, wird be-
sonders darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich statt des
bisherigen Teuerungszuschlags von 80 Prozent zu den ge-
setzlichen Fernspreckgebühren ein solcher von 160 Prozent
erhöhen wird.

Das Beeren sammeln in den Wäldern.
Es wird uns mitgeteilt: Die Regierung zu Arnberg
hat auf Grund des § 23 der Reg.-Pol.-Ver. vom
20. April 1882 das Beeren sammeln in den Staatsforsten
verboten, gleichzeitig das Sammeln aber bei Lösung von
Erlaubnisscheinen zum Preise von 10 Mk. gestattet.
Diesem Vorgehen haben sich die Waldbauvereine von
Stadt und Land Lüdenscheid, Herfcheid, Meinerzhagen,
Walber, Kiesspe und Rönshol angegeschlossen. Diese
Waldbauvereine, in denen fast alle Waldbesitzer der
genannten Gemeinden vereinigt sind, geben Erlaubnis-
scheine heraus, die von jedem Sammler, auch von Kindern,
zum Preise von 10 Mark bei Gastwirten und Förstern
und an sonstigen durch Plakaten kenntlich gemachten
Stellen gekauft werden müssen. Die Erlaubnisscheine,

„Meine liebe Frau Oberförster, wir wollten Ihnen
nur auf ein Minutchen „Guten Tag“ sagen! — Nein,
nein, wir wollten nicht stören, Sie haben ja Besuch,“
sagte Frau von Hellwig.

Ihre Begrüßung der Familie Berger, die sie ja
bis auf Vore kannte, fiel ziemlich von oben herab aus.
Aber das Ende vom Lied war doch — trotz anfäng-
licher Abwehr — sie blieben da, legten ab und ließen
sich häuslich nieder. Mit der Gemütlichkeit war es vor-
bei, wie Jutta bedauernd bei sich feststellte.

Hochmütig begrüßte der Sohn, der Leutnant, den
Revierförster — mußte der Kerl denn überall dabei sein?
Aber dessen Schwester — Donnerwetter, das war
ein Weib! Vor Erstaunen fiel ihm beinahe das un-
vermeidliche Monokle aus dem Auge — die übertrumpfte
ja noch die reizende Krabbe, die Jutta!

Bescheiden wollten Bergers sich vor dem Abend-
brot entfernen, doch davon wollte der Oberförster durch-
aus nichts wissen. Jutta wünschte den Weihnachtsbaum
anzuzünden, und Erich war ihr dabei behilflich. Der
Leutnant unterließ sich eifrig mit Vore und versuchte,
ihm nach allen Regeln der Kunst den Hoi zu machen;
um Jutta zu ärgern, wie er sich sagte, die nach seiner
Ankunft sich viel zu viel mit dem Revierförster beschäftig-
te.

Jutta zeigte Vore ihr Weihnachtsackchen.
„Und hier — meines heißen Wunsches Erfüllung,“
lachte sie eine mit einem rosa Band verzierete Gi-
tarre in die Höhe. „Spielen kann ich allerdings noch
nicht, ich hab' keinen Lehrer. — Können Sie es, Herr
Leutnant?“

Der Leutnant zupfte an den Saiten herum; Jutta
hielt sich die Ohren zu.

„Das ist ja, um Tiere wild und Menschen rasend
zu machen; so kann ich es auch.“

Und kurzerhand nahm sie ihm das Instrument wie-
der weg, um es Vore zu reichen.

„Ich kann es auch nicht, aber mein Bruder spielt
ganz nett. So für den Hausbedarf.“

„Ach, das ist famos! Also spielen Sie, Herr För-
ster.“

„Was befehlen gnädiges Fräulein?“

„Am liebsten etwas Italienisches, recht schmachtend.“

Fortsetzung folgt.

Bermischtes.

▲ Die Schlacht im Irrenhaus. Zu sonderbaren Szenen, bei denen sich der seltsame Fall ereignete, daß die Insassen eines Irrenhauses Seite an Seite mit ihren Wärtern gegen die Polizei kämpften, kam es gelegentlich eines Streiks, in dem das Personal der Provinzialirrenanstalt von Nottingham deshalb getreten war, weil die Direktion die wöchentliche Ruhezeit herabgesetzt hatte. Die Kranken ergriffen so leidenschaftlich Partei für ihre Pfleger, daß sie einen Inspektor, der sich vergewissern wollte, ob sie nicht vernachlässigt würden, schwer mißhandelten. Abirrigens hatten die Wärter die Pflege der Kranken nicht eingestellt und weigerten sich nur, den Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen, so daß die Beamten der Verwaltung und die Ärzte sich selbst ihre Mahlzeiten kochen und die Betten machen mußten. Der Streik endete schließlich in einer großen Schlacht, die die herbeigerufene Polizei den aus 44 Frauen und 17 Männern bestehenden Streikenden und ihren seltsamen Hülfskräften lieferte. Wärter und Kranke hatten sich in den Räumen der Anstalt verbarrikadiert und setzten sich mit Besen und anderen Geräten zur Wehr. Mehrere Polizeibeamte wurden von den Irren, die während um sich bißten und trafen, verletzt. Die Belagerten sangen im Chor das „Rule Britannia“, und die Irren schmetterten fanatisch den Refrain: „Wir werden niemals Sklaven sein!“ Infolge der Erbitterung der Verrückten zog sich das Ringen mehrere Stunden hin; dann hatte man sich aller Streikenden bemächtigt und brachte sie auf Autos fort, während neues Personal sich der Irren, die nur schwer zu beruhigen waren, annahm.

▲ Das Pech der Amateuropolizisten. Vor kurzem fand in Newport die erste der umfangreichen Razzien statt, die gegen das in letzter Zeit in beängstigender Weise angewachsene Räuberwesen im großen Stil veranlaßt wurden. Diese Razzia war von einer Reihe tragikomischer Zwischenfälle begleitet, die nicht eben von guter Vorbedeutung für die Zukunft sind. So geschah es beispielsweise, daß zwei Mitglieder der Newporter freiwilligen Polizeitruppe, die sich in den Dienst des Kampfes gegen das Banditentum gestellt hat, in ein billiges Volksrestaurant eintraten. Als sie hier mehrere Personen fragwürdigen Aussehens antraten, schritten sie mit entschertem Revolver auf die Verdächtigen zu und befahlen ihnen, sich an der Wand aufzustellen, damit sie einer körperlichen Untersuchung unterzogen werden könnten. Es sei vorweg bemerkt, daß diese freiwilligen Hülfskräfte der Polizei aus Sparmaßregeln nicht mit Uniformen ausgerüstet werden. So konnte es geschehen, daß sechs Berufspolizisten, die auf ihrem Patrouillengang an dem Restaurant vorbeikamen und die Szene sahen, annahmen, daß es sich hier um einen räuberischen Überfall handle. In dieser Annahme führten sie mit vorgehaltenem Revolver und erhobenen Stöcken in das Lokal und ließen ihre Polizeiknäppel wuchtig auf die Köpfe der beiden freiwilligen Polizisten, die sie für Verbrecher hielten, niederfallen, während die Verbrecher, auf die es abgesehen gewesen war, sich eiligst aus dem Staube machten.

▲ Ein Gericht von Nägeln. Kürzlich wurde in einer Straße Londons ein Mann in hilflosem Zustand aufgefunden; er war augenscheinlich von bestigen Nagenkrämpfen befallen und in einem Zustand, der seine Überführung nach dem Krankenhaus nötig machte. Hier erklärte er, ein Arbeitsloser zu sein, und erzählte eine merkwürdige Geschichte von einer verlorenen Wette, in deren Verlauf er versucht hatte, sechs je 7 1/2 Zentimeter lange Nägel zu verschlucken. Er sei indessen nur auf 5 gekommen. Erst nach drei Tagen habe er Schmerzen verspürt. Man nahm die Sache zunächst ungläubig auf, aber die Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen bewies, daß der Mann die Wahrheit gesprochen hatte. Den Wettbeitrag von 1 Pfund Sterling hatte er nicht einmal bekommen, denn als er nach dem Verschlucken des fünften Nagels die Tätigkeit einstellen mußte, erklärten die Röntgen, die ihn zu der Wette veranlaßt hatten, daß er verloren habe, und gingen lachend ihrer Wege.

▲ Kellner zählen! Ein Wiener Sportblatt veröffentlicht folgende niedliche Satire: Nach der Konferenz von Genua sitzen Lloyd George, Barthou, der österreichische Kanzler Schober und Tschischner bei einem gemütlichen Abschiedsbanquet im Restaurant. Als es zum Zahlen kommt, nimmt Lloyd George aus der Westentasche ein kleines Geldstück und legt es auf den Tisch. Nach ihm zieht Barthou die Brieftasche hervor und legt eine fünfzigfrankige Note zu dem Geldstück. Schober greift ebenfalls in die Brieftasche, bringt ein Papier zu Tage und überreicht es dem Zahlkellner. Dieser wendet das Papier nach allen Seiten und fragt: „Mein Herr, was ist das?“ Schober erwidert: „Der Frachtbefehl. Der Waggon mit dem Geld ist auf dem Bahnhof.“ Schließlich kann auch Tschischner nicht umhin, seine Rechnung zu begleichen; er holt aus seiner Handtasche ein größeres Paket heraus und hält es dem Ober stumm hin. Der Herr Ober knüpft die Schnüre auf, reißt das Papier weg, sieht etwas und blickt dann Tschischner fragend an. Der Russe lächelt und sagt lakonisch: „Das sind die Klischees. Drucken Sie sich Geld, so viel Sie wollen.“

▲ Schnaps und Politik. Die irischen Republikaner begnügen sich nicht damit, die gegnerischen Ulsterleute mit den Waffen zu bekämpfen, sondern gehen auch dem diesen gehörigen Schnaps zuleibe. In diesem Schnapskrieg haben sie kürzlich im Dubliner Zollamt die Kleinigkeit von 2 270 000 Liter Whisky vernichtet. Abgesehen von dem Wert verliert dadurch der Fiskus an Steuern 2 Millionen Pfund Sterling. Die Zahl der eingeschlagenen Fässer betrug 6000. Da der Schnaps in dem Lager Keller einen 1 Meter tiefen See bildete, gingen die wütenden Republikaner daran, mit Hade und Schaufel einen Kanal zu graben, der den Whisky aus dem Keller hinaus in den Liffey fließen ließ. Der Whisky gehörte einer Aktiengesellschaft, deren Leiter der Vorsitzende des Ulsterministeriums ist.

▲ Mohrzucker im Schilfrohr. In französischen Fachzeitschriften wird immer wieder behauptet, die Wurzeln des gewöhnlichen Schilfrohrs enthalten 25 bis 30 Prozent (!) Mohrzucker, die man in Deutschland zu isolieren und zur Grundlage einer gewinnbringenden Industrie zu machen suche. Diese Behauptungen sind frei erfunden. Sabaletsky nahm im November mehrere Proben aus den Wurzeln und stellte darin im Höchstfalle 5 Prozent Saccharose und 1 Prozent reduzierenden Zuckers fest. Nimmeh teilt auch E. D. v. Lippmann eine Untersuchung an im Frühommer gewonnenen Wurzeln mit. Ihr Ergebnis lautet dahin, daß in einigen wenigen Wurzeln 3 bis 3,5 Prozent Mohrzucker gefunden wurde, in der überwiegenden Mehrzahl jedoch nur 1 bis 3 Prozent neben ganz unbedeutenden Mengen reduzierenden Zuckers. Wurzeln von Pflanzungen, die schon geküht und Kolben angefeht hatten, waren zuckerfrei. Einen Rohstoff für die Zuckergewinnung stellen die Schilfrohrwurzeln in keinem Fall dar.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?
(„Preis“ = angeboten, „Gold“ = gesucht.)

Währungsfläche		28. 6.		26. 6.		Stand
		Gold	Preis	Gold	Preis	1. 8. 14
Holland	100 Gulb.	13883,25	13416,75	13843,10	13518,90	170 Mt.
Dänemark	100 Kron.	7515,55	7584,45	7440,65	7459,85	112 "
Schweden	100 Kron.	8984,75	9011,25	8908,85	8931,15	112 "
Norwegen	100 Kron.	5652,90	5667,10	5632,85	5667,15	112 "
Schweiz	100 Frank	—	—	6516,84	6532,70	72 "
Amerika	1 Dollar	359,08	359,24	349,46	349,14	4,40
England	1 Pf.	1543,15	1549,45	1538,01	1541,95	20,20
Frankreich	100 Frank	2946,81	2952,70	2869,40	2873,80	80 "
Belgien	100 Frank	2793,59	2808,40	2773,50	2781,50	80 "
Italien	100 Lire	1952,90	1957,10	1908,90	1912,01	80 "
D. Österr.	100 Kron.	1,80 1/2	1,84 1/2	1,83	1,93	85 "
Ungarn	100 Kron.	85,06	85,15	84,95	85,06	85 "
Litauen	100 Kron.	667,15	658,85	678,15	674,85	85 "

Berlin, 23. Juni. (Polenmarkt an der Seidmanstr. 7-9) W.

★ Berliner Produktenbörse vom 28. Juni. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 890-910. Ruhig. Roggen, märkischer 631-635, weipreussischer 631. Matter. Sommergerste 760-780. Fester. Hafer, märkischer 675-690. Etwas fester. Mais ohne Provenienzanzeige prompt 596 bis 600 ab Hamburg, loco Berlin 630-634. Weizenmehl frei Berlin 2275-2400. Feinste Marken über No. 1 bezahlt. Ruhig. Roggenmehl frei Berlin 1625-1750. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 500-520. Fest. Roggenkleie frei Berlin 500-520. Fest. Raps 1300-1350. Unverändert. Leinsaat 1300-1400. Unverändert. Erbsen, Victoria 730-760, kleine Speiserbsen 630-660, Futtererbsen 580-600, Bohnen 580 bis 600, Ackerbohnen 650-675, Lupinen, blaue 520-560, do. gelbe 710-790, Rapstuden 570-600, Leinsamen 860-870, Trockenschnitzel 485-500 Mark. Rohstoffe. (Mittelschiff.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab Station: braungebr. Roggen- und Weizenstroh 140-150, desgl. Haferstroh 140-150, bindfadenbr. Roggen- und Weizenstroh 130 bis 145, gebünd. Roggenlangstroh 140-150, loses u. gebünd. Krummstroh 100-120, Häfeln 175-190, handelsüblich. Heu 265 bis 290, do. neues 250-270, gutes Heu 290-315, do. neues 280-300, neues Luzerneheu 350-370 Mark.

★ Einstweilen keine Kalipreiserhöhung. Wie von zuständiger Seite verlautet, sind die Meldungen, die von einer bevorstehenden neuen Kalipreiserhöhung wissen wollten, nicht zutreffend. Es ist zurzeit unmöglich, eine Änderung der Preise vorzunehmen, weil die den Abnehmern zu gewährenden Sommerabatt. bzw. die Preise, zu denen geliefert wird, bis Ende Juli fest vereinbart sind. Frühestens im August kann eine neue Kalipreiserhöhung in Betracht kommen.

Arbeiter und Angestellte.

Wien. (Der österreichische Verkehrsstreik ist beendet.) Bei der Erklärung des Bundeskanzlers Seipel über den Streik im Nationalrat sagte er, dieser Streik sei leichtfertig gewesen, da er keine Rücksicht auf die gefährdete Lage des Staates genommen habe. Der Bundeskanzler wies auf die Regierungsvorlage hin über die Regelung der Bezüge der Bundesangestellten, in der der Föder für die Regelung der Bezüge gesetzlich anerkannt werde. Der sozialdemokratische Redner Tomasek protestierte gegen die veröffentlichten amtlichen Erklärungen, wonach der Verkehrsstreik bedingungslos abgebrochen worden sei, und betonte, daß die Angestellten einen Erfolg dadurch erzielt hätten, daß der von ihnen vertretene Standpunkt bezüglich der Inzidenzrechnung gesetzlich festgelegt werden solle.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein bayerischer Landtagsabgeordneter zu hoher Geldstrafe verurteilt. Im Warenabhebungsprozeß Gaudorfer sollte das Landgericht Kempten im März sein Urteil. Der Kaufmann Mar Emanuel wurde von der Anlage des fortgesetzten Betruges freigesprochen, dagegen des Vergehens der verbotenen Einfuhr für schuldig erklärt und zu einer Geldstrafe von 4680 416 Mark verurteilt. Der Abgeordnete Gaudorfer (Bauernbund) wurde wegen des Vergehens der Beihilfe zur verbotenen Warenabhebe zu einer Geldstrafe von 1170 104 Mark verurteilt. Außerdem wurde zu einem Verurteil in Höhe von 859 856 Mark. Die in Lindau verbotswidrig eingeführten und daselbst beschlagnahmten Waren wurden konfisziert. Der Staatsanwalt hatte gegen Emanuel wegen Betruges zwei Jahre Gefängnis, ferner gegen Emanuel und Gaudorfer wegen Kontenabhebes eine Geldstrafe von 4680 000 Mark beantragt.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

2. Juli: Wolken, teils Sonne, warm, strichweis Regen, Gewitter.
3. Juli: Vielfach heiter, teils Wolken, Nachts kühl, Mancherorts Gewitter.
4. Juli: Heiter, angenehm.
5. Juli: Sonne, teils Wolken, warm.
6. Juli: Wenig verändert.
7. Juli: Raum verändert, strichweis Gewitter.
8. Juli: Wolken, teils Sonne, warm, vielfach Gewitter.

Schriftleitung: Wilt. Bell, Halver i. Westf.

Umt Halver.

Badeanstalt.

Die Badeanstalt der Dfshule in Halver ist wieder in Betrieb genommen. Es können baden:

- a) weibliche Personen nur Freitags von 4-7 Uhr,
 - b) männliche Personen nur Samstags v. 2-7 Uhr
- Der Preis für ein Bannenbad beträgt 10 Mt., für ein Brausebad 2,50 Mt.

Bekanntmachung.

Der unter dem 10. April ds. Js. von der Gemeindevertretung von Schalksmühle beschlossene 1. Nachtrag zur Vergnügungssteuer-Ordnung für die Gemeinde Schalksmühle ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Der Nachtrag kann im Geschäftszimmer des Gemeindevorstehers in Schalksmühle eingesehen werden.

Halver, den 26. Juni 1922

Der Gemeinde-Vorstand.

Bekanntmachung.

Der unter dem 21. April ds. Js. von der Gemeindevertretung von Halver beschlossene 2. Nachtrag zur Vergnügungssteuer-Ordnung für die Gemeinde Halver ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. — Der Nachtrag hängt an der Veröffentlichungsstelle des Amtshauses hier- an.

Halver, den 26. Juni 1922.

Der Gemeinde-Vorstand.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und -Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

beforgt ohne Preisaufschlag die Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Habe stets auf Lager:

Damen-Kleider Herren-Anzüge
Damen-Mäntel gestreifte Hosen
Kostümröcke Sommer-Jacken
Blusen usw. usw.

Paul Schulte, Halver.
Oberherweg Nr. 1



Betten
Bettfedern
Bettbarchent

alles einzeln oder komplett, billig zu haben im

Bettenhaus Voss,
Hagen, Gartenstr. 11.
Straßenbahnhaltestelle Markt.

Schönes Landgütchen
3/4 St. v. Bahnstation an Hauptstraße gelegen, wunder-
schöner Obstgarten, 65 Obst-
bäume, großer Gemüses- und
Blumengarten, 12 Morgen
Wiese und Wald, gegen
ein kl. Häuschen im In-
dustrieort sofort zu
tauschen.

Offerten unter R. 450
an die Geschäftsstelle des Allgem.
Anz., Halver.

Warnung!

In den untenstehenden Jagdbezirken wurden wiederholt wildernde Hunde angetroffen. Wir warnen die Hundebesitzer davor, ihre Hunde frei in den Bezirken herumlaufen zu lassen. Jede Zuwiderhandlung werden wir unmissverständlich zur Anzeige bringen und wildernde Hunde ohne weiteres abschleusen.

Die Anpächter
der Jagdbezirke
Altenuhle, Anschlag,
Schwenke und
wilde Ennepe.

Samstag abend, den
1. Juli erhalte ich

Fohlen
im Alter von 3 bis 16
Monaten.

Hugo Kerspe, Halver.
— Telefon 52 —



Schützen-
Gesellschaft
Halver.

Am 2. und 3. Juli er-
findet auf der Carlshöhe
von 4 Uhr ab

Schießen d. Vogelflange
statt. Die Schießlinie geht
in der Richtung der sogenann-
ten wilden Ennepe.
Das Publikum wird ge-
beten, an diesen Tagen zur
angegebenen Zeit das Ge-
lände nicht zu betreten.

Der Vorstand

Ziegenzucht-Hauptverein
e. V. Halver.

Sonntag, den 2. Juli,
nachm. 4 Uhr

Berammlung

bei Herrn Fr. Funke,
in Wilhelmshöhe.
Die Ziegenzüchter von
Wilhelmshöhe, Bergfeld und
Umgegend sind freundlichst
eingeladen.

Tagesordnung: Gründung
einer Ortsgruppe.

Der Vorstand.

Kameradschaftlicher Unter-
stützungsverein Ehringhausen.

Am Samstag, den 1. Juli,
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn Fritz Wille

Mitglieder-
versammlung.

Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt
gegeben.

Wegen Wichtigkeit der
Tagesordnung ist es Pflicht
eines Jeden, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Delfirma

sucht per sofort einen tüch-
tigen

Reisenden

zum Besuch der hiesigen
Landwirtschaft. Kriegsin-
validen werden bevorzugt.
Angaben unter Nr. 1405
an die Geschäftsstelle des
Allg. Anz., Halver.

1 Polierer

für dauernde, gut bezahlte
Arbeit gesucht, desgleichen ein
jugendl. Arbeiter.

August Berghaus,

Eisenwarenfabrik,
Oberbrügge i. W.

Wir bitten das Publikum,
beim Einkauf von Brot und
Backwaren Körbe oder Ein-
wickelpapier mitbringen zu
wollen, da wir wegen der
ständig steigenden Papier-
preise nicht mehr in der
Lage sind, Einwickelpapier
oder Ditten gratis beizugeben
zu können.

Zwangsinnung

für das
Bäcker- u. Konditorenhandwerk
im Amte Halver.

la. Schwämme

empfehlen
Wilt. Bell jr., Halver.

Inserate

für die

Tagesausgabe

erbitten wir bis spätestens

3 Uhr nachm.

tags vorher.

Größere Anzeigen
wollen man früher auf-
geben, da sonst für
eine schöne Aus-
stattung und gute
Platzierung keine
Gewähr übernommen
werden kann.

Der Verlag

Briefkassetten

in schöner Auswahl
mit Briefbogen in ver-
schiedenen Formaten mit
und ohne Druck
empfehlen

Wilt. Bell jr.
Halver.

Zigarren! Zigaretten!

Rauch- u. Kautabake

nur beste Qualitäten!

Echte Brunerrepfeifen
und -Nagen,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen,
Tabakdosen und -beutel,
Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl
empfehlen

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.